



Conseil d'État
Staatsrat

CANTON DU VALAIS
KANTON WALLIS

ANTWORT AUF DIE INTERPELLATION

Urheber	CSPO, durch Marie-Claude Schöpfer-Pfaffen (Suppl.), Martin Kalbermatter, Konstantin Bumann und Melanie Burgener (Suppl.)
Gegenstand	Ressourcenmangel und Preisexplosionen - Auswirkungen der Geopolitik auf die Wirtschaft?
Datum	10.06.2022
Nummer	2022.06.301 <i>in Zusammenarbeit mit dem DFE und dem DMRU</i>

Die Abgeordneten fragen den Staatsrat, wie er die Auswirkungen und Risiken der geopolitischen Lage auf die kantonale Volkswirtschaft, auf kantonale Grossprojekte und die Kantonsfinanzen einschätzt.

Einleitend gilt es festzuhalten, dass die beiden Kriegsparteien Russland und Ukraine nicht zu den wichtigsten Handelspartnern bzw. Exportländern für die meisten Walliser Unternehmen zählen. Dennoch beschloss der Staatsrat gleich zu Beginn des Krieges, die Baudienste des Staates Wallis (Dienststelle für Mobilität, Dienststelle für Nationalstrassenbau und Dienststelle für Immobilien und Bauliches Erbe) mit einer koordinierten Definition der Methode zur Analyse der Bedingungen für die Entschädigung der ausserordentlichen Teuerung zu beauftragen.

Die Unternehmen berichteten von Lieferschwierigkeiten und einem allgemeinen Anstieg der Rohstoffpreise. Diese Situation ist jedoch nicht direkt auf die Konflikte in der Ukraine zurückzuführen. Vielmehr ist die Null-Covid-Strategie in China und die Inflation, die wir derzeit erleben, die Hauptfaktoren für diese Situation.

Es ist jedoch möglich, dass der Konflikt Auswirkungen auf die Walliser Landwirtschaft hat: Da Russland und die Ukraine weltweit wichtige Lieferanten für chemische Produktionsmittel und Düngemittel sind, könnte die Versorgung für die Landwirte im Jahr 2023 schwieriger werden.

Dasselbe gilt für das Baugewerbe, wenn es um die Lieferung von Rohstoffen wie beispielsweise Stahl geht.

Die Tourismusbranche könnte ebenfalls betroffen sein, da die russischen Kunden in diesem Jahr und sicherlich auch in den folgenden Jahren stark zurückgehen werden, aber dies dürfte nur marginal sein.

Es ist schwierig, die langfristigen Folgen für unsere Wirtschaft abzuschätzen, aber da weder Russland noch die Ukraine wichtige Partner der Schweiz und insbesondere des Wallis sind, dürften die Auswirkungen dieser Krise moderat bleiben.

Sitten, 7. Dezember 2022